

Gewerkschafts-Chef Schmoltdt fordert staatliche Beihilfen für Niedriglohn-Sektor

VON PHILIPP NEUMANN

Hannover - Der Vorsitzende der Gewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE), Hubertus Schmoltdt, hat die künftige Bundesregierung dazu aufgefordert, Niedriglöhne künftig staatlich zu subventionieren.

Mit seinem Vorschlag zur Lohnsubventionierung erneuerte Schmoltdt einen Vorstoß, den die IG BCE vor zehn Jahren zum ersten Mal gemacht hatte: Arbeitgeber sollen den Beschäftigten im Niedriglohnbereich 80 Prozent des Tariflohns zahlen.

Im Bundestagswahlkampf hatte insbesondere die CDU für Kombilöhne plädiert. Das Bundesfinanzministerium lehnt sie als zu teuer ab.

Gleichzeitig forderte der IG-BCE-Chef die große Koalition auf, schnell einen „Runden Tisch Gesundheit“ einzurichten. Die Beteiligten sollten mit „klarer Zeitvorgabe“ und mit „Einigungszwang“ gesundheitspolitische Reformen erarbeiten.

Hart ging Schmoltdt mit Managern und Wirtschaftsverbänden ins Gericht. Sie redeten Deutschland „gezielt und systematisch“ schlecht.

Wie die anderen Gewerkschaften verliert auch die IG BCE weitere Mitglieder: Aktuell liegt die Zahl der Mitglieder bei 752.000.

VON KATJA FALTINSKY UND ANJA STRUVE

Frankfurt/Main - Die Schwedische Akademie der Wissenschaften ist immer für eine Überraschung gut - besonders wenn es um den Wirtschaftsnobelpreis geht.



Paul Krugman



Jagdish Bhagwati

Im Zentrum der Forschungen des 75-jährigen Aumann und seines neun Jahre älteren Kollegen Schelling steht die sogenannte Spieltheorie.

„Die Arbeiten von Aumann und Schelling haben die Sozialwissenschaften weit über die Grenzen der Ökonomie hinaus verändert“, hieß es in der Begründung der Königlich-Schwedischen Akademie, die den Preis seit 1969 im Auftrag der Schwedischen Nationalbank vergibt.

Allerdings sind beide Forscher dabei sehr unterschiedlich vorgegangen, wie auch der Sekretär des Nobelkomitees, Peter Englund, einräumt: „Wir haben hier ein enorm ungleiches Paar ausgezeichnet.“

bereits 1960 in seinem Standardwerk „Die Strategie des Konflikts“. Darin untersuchte der Ökonom mitten im Kalten Krieg das Wettrennen zwischen den USA und der Sowjetunion.

Der in Frankfurt geborene Aumann wiederum, der 1938 vor den Nationalsozialisten in die USA flüchtete und seit 1956 in Jerusalem lehrt, entwickelte parallel dazu mathematische Modelle, mit deren Hilfe sich Konfliktsituationen erklären und lösen lassen.

Beide Ökonomen zeigten sich in einer ersten Reaktion am Montag überwältigt von der Stockholmer Entscheidung. Er wolle mit seiner Hälfte des Preises „etwas Nützliches“ tun, sagte Schelling.

Der Preis

Der Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften wurde 1969 erstmals verliehen und geht nicht, wie die anderen Nobelpreise, auf das Testament des schwedischen Ingenieurs und Fabrikanten Alfred Nobel (1833 bis 1896) zurück.

„Aber ich habe eigentlich schon damals geglaubt: Wenn ein Spieltheoretiker den Nobelpreis bekommt, dann Aumann.“

Die erneute Auszeichnung zweier Spieltheoretiker mit dem Nobelpreis schreibt eine schon seit längerer Zeit bestehenden Entwicklung fort, steht doch seit Anfang der neunziger Jahre vor allem die Grundlagenforschung im Mittelpunkt der Stockholmer Jury.

Kritiker monieren allerdings, daß der Wirtschaftsnobelpreis anders als die übrigen Auszeichnungen viel stärker Trends unterliegt. So hatte bereits der 1974 ausgezeichnete Ökonom Friedrich August von Hayek gewarnt, durch den Preis könnten die wechselnden Moden in der Ökonomie noch betont werden.



Robert J. Aumann, hier mit Enkelin Hallel, wurde in Deutschland geboren. Er lehrt in den USA und arbeitet jetzt an der Hebräer Universität in Jerusalem



Thomas C. Schelling, Jahrgang 1921, lehrt an der Universität von Maryland im gleichnamigen US-Bundesstaat

Die Preisträger

- 2004 Finn E. Kydland (Norwegen), Edward C. Prescott (USA)
2003 Robert F. Engle III (USA), Clive W.J. Granger (Großbritannien)
2002 Daniel Kahneman (USA/Israel), Vernon L. Smith (USA)
2001 George A. Akerlof, Joseph E. Stiglitz (alle USA)
2000 James J. Heckman, Daniel L. McFadden (USA)
1999 Robert A. Mundell (Kanada)
1998 Amartya Sen (Großbritannien/Indien)
1997 Robert C. Merton (USA), Myron S. Scholes (USA/Kanada)
1996 James A. Mirrlees (USA), William Vickrey (USA/Kanada)
1995 Robert E. Lucas Jr. (USA)
1994 John C. Harsanyi (USA), John F. Nash Jr. (USA)



Reinhard Selten, bisher einziger deutscher Preisträger

- 1993 Robert W. Fogel, Douglass C. North (beide USA)
1992 Gary S. Becker (USA)
1991 Ronald H. Coase (Großbritannien)
1990 Harry M. Markowitz, Merton H. Miller, William F. Sharpe (alle USA)
1989 Trygve Haavelmo (Norwegen)
1988 Maurice Allais (Frankreich)
1987 Robert M. Solow (USA)
1986 James Buchanan Jr. (USA)
1985 Franco Modigliani (USA/Italien)
1984 Richard Stone (Großbritannien)
1983 Gerard Debreu (USA/Frankreich)
1982 George J. Stigler (USA)
1981 James Tobin (USA)
1980 Lawrence R. Klein (USA)
1979 Theodore W. Schultz (USA), Sir Arthur Lewis (Großbritannien/St. Lucia)
1978 Herbert A. Simon (USA)
1977 Bertil Ohlin (Schweden), James E. Meade (Großbritannien)
1976 Milton Friedman (USA)
1975 Leonid Kantorowitsch (Sowjetunion), Tjalling C. Koopmans (USA/Niederlande)
1974 Gunnar Myrdal (Schweden), Friedrich August von Hayek (Großbritannien/Österreich)
1973 Wassily Leontief (USA/Sowjetunion)
1972 John Hicks (Großbritannien), Kenneth J. Arrow (USA)
1971 Simon Kuznets (USA/Sowjetunion)
1970 Paul A. Samuelson (USA)
1969 Ragnar Frisch (Norwegen), Jan Tinbergen (Niederlande)

axel springer
Axel Springer Aktiengesellschaft
Bekanntmachung gemäß § 23 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 des Wertpapiererwerbs- und Übernahmegesetzes (WpÜG)

„Wer mit einem Dieseldruck-Stinker fährt, muß mehr zahlen“

Bundesverkehrsminister Stolpe will Maut für Lkw mit hohem Schadstoffausstoß von 2006 an erhöhen - Absage an Pkw-Maut

DIE WELT: Herr Minister Stolpe, aus mehreren Bundesländern kommt die Forderung nach einer Pkw-Maut. Gehen Sie davon aus, daß es dafür bei der Verkehrsministerkonferenz eine Mehrheit gibt?

DIE WELT: Was ist so falsch daran, Kosten fürs Autofahren nach einem Verursacherprinzip zu erheben?

DIE WELT: Ist eine Pkw-Maut perspektivisch vorstellbar, wenn eine differenzierte Abrechnung wie bei der Lkw-Maut möglich ist?

DIE WELT: Sie halten Sie von der Idee ihres Noch-Kabinettskollegen Wolfgang Clement, Teile der Autobahnen zu privatisieren?

und die Instandsetzung von Straßen an den Einnahmemöglichkeiten der künftigen Eigentümer orientieren würden.

DIE WELT: Sie wollen die Lkw-Maut ab 2006 auf Bundes- und Landstraßen ausdehnen, die Mautprell als Ausweichrouten nutzen. Wann stehen die Routen fest?

DIE WELT: Bleibt es bei zwölf bis 15 Strecken?

Autobahn oder sorgt man nur für weiteren, neuen Ausweichverkehr? Auch darf die regionale Wirtschaft nicht gefährdet werden, in dem wir gedankenlos Strecken bemaunten.

DIE WELT: Sie erheben die Maut auf Bundes- und Landstraßen ausdehnen, die Mautprell als Ausweichrouten nutzen. Wann stehen die Routen fest?

nung, die es den Ländern und Kommunen ermöglichen soll, bei schwerwiegenden Belästigungen durch Maut-Ausweichverkehr Straßen zu sperren.

DIE WELT: Sie erwägen eine Anpassung der Maut-Gebühren. Wie soll das funktionieren?

DIE WELT: Werden Sie einem schwarz-roten Kabinett angehören?

DIE WELT: Werden Sie einem schwarz-roten Kabinett angehören?

Stolpe: Darum geht es in den Vorschlägen, die jetzt diskutiert werden, eben nicht. Ich kann nicht erkennen, daß es bei der Pkw-Maut eine redliche und verlässliche Kompensation für die Autofahrer geben wird.

Um die Einführung einer Pkw-Maut auf Autobahnen ist ein heftiger Streit entbrannt. Nordrhein-Westfalen, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Schleswig-Holstein lehnen eine Pkw-Maut entschieden ab.

Gegenzug die Mineralölsteuer gegen die Lkw. Neben einer Jahresvignette für 100 Euro soll es Tages- oder Wochenvignetten geben.

gegen eine Autobahngebühr für Pkw-Fahrer ausgesprochen. Grünen-Fraktionsvize Reinhard Loske lehnte eine Pkw-Vignette ebenso wie die von Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement (SPD) ins Spiel gebrachte Autobahnprivatisierung als Irrwege ab.

Das Gespräch führte Carsten Fiedler.